Fax

FRAKTION DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION IM STADTRAT ZU NÜRNBERG

CSU

CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

ZhA+SozA 20.07.2006
OBERBÜRGERMEISTER
18. JULI 2006 /..... Nr.....

V	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
	2 b.w.V.	4 Antwort vor Absendung vorlegen
		5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

Wolff'scher Bau des Rathauses
Zimmer 58
Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 231 – 2907
Telefax: 09 11 / 231 – 4051
Mail: csu@stadt.nuernberg.de
www.csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de

ts / 18.07.06
Bleimeier/Gebhardt

Jugendhilfeausschuss am 20.07.06/ TOP 1: Bausteine für eine Organisationsreform des Referats für Jugend, Familie und Soziales (Referat V)

2 Exemplare

Referat V
V 18. JULI 2006 # 61
an: V Kopie f. Ausschuß
– pl. fax an Mitglieder
cl. 11.07.
Antw. z. Unterschrift vor

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die CSU-Stadtratsfraktion stelle ich zur Behandlung im Jugendhilfeausschuss am 20.07.06 zu TOP 1 folgenden

Antrag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Orientierungsrahmen und die „Bausteine" als strategische Eckpunkte der Arbeit des Geschäftsbereichs zur Kenntnis.

2. Es ist sicherzustellen, dass die bisherige Arbeit des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) mit den Handlungsprinzipien Prävention und ganzheitliche Arbeit im Wohngebiet als Anlauf- und Kontaktstelle für die Bürger für Hilfen aus dem bestehenden Leistungssystem gewährleistet bleibt.

3. Es ist die Angleichung sozialräumlicher Strukturen für die künftigen drei Bereiche im Jugendamt anzustreben.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion Nürnberg darzustellen, wie häufig polizeiliche Ermittlungen oder anderweitige Hinweise eine Kontaktierung des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) mit welchem Ergebnis zur Folge hatten.

5. Vor einer Diskussion in den Fachausschüssen mit anschließender Begutachtung werden Stellungnahmen eingeholt vom Stadtseniorenrat, dem Kreisjugendring, der Justiz (wg. Jugendgerichtshelfer) und anderer betroffener Verbände.

Soll

6. Für den Bereich Bildung ist eine positive Abstimmung mit dem Schulreferat zu erzielen.

7. Die Stellungnahme des Kämmerers ist vorzulegen, nachdem die Summe der Einsparungen vom Referat V in „X" benannt worden ist.

8. Die Umsetzungsstrategie für das gesamte Konzept ist inhaltlich und zeitlich zu präzisieren.

Begründung:

Zu 2.:
Der ASD ist das Kernstück kommunaler Angebote zur Unterstützung und Entlastung von Familien, Minderjährigen oder Alleinstehenden (Alleinerziehende) und Älteren in schwierigen Lebenslagen, so dass der ASD der am umfassendsten angelegte soziale Dienst ist, der ganzheitliche und einheitliche Hilfe leisten und sicherstellen muss. Der ASD arbeitet seit Jahren mit großem Erfolg und allgemein anerkannt als einzige Basisberatungseinrichtung stadtteilorientiert und auf den Bürger zugehend dezentral organisiert. Im Prinzip sind die Mitarbeiter des ASD vor Ort schon jetzt „Stadtteilkoordinatoren". Diese Struktur mit dem bisherigen Angebot sollte erhalten bleiben, ob als eigenes Amt oder im Jugendamt ist dabei unerheblich.

Zu 3.:
Im Bereich Kindertageseinrichtungen gibt es derzeit fünf Regionen, im Bereich Kinder- und Jugendarbeit deren drei, für den Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe sollen es neun werden. Eine an Zukunftsfähigkeit orientierte, strategisch angelegte Konzeption kommunaler Sozialpolitik sollte bei allen weiteren Überlegungen eine Angleichung der Strukturen anstreben, die für die Bürger in den einzelnen Regionen über die Stadtteilkoordinatoren in den Strukturen des bisherigen ASD das kommunale Leistungsangebot bereitstellen bzw. vermitteln.

Zu 4.:
Im Rahmen der geplanten Neustrukturierung des Sozialreferats wird zu wenig auf den Personenkreis der Erwachsenen oder der Familien ohne Kinder Rücksicht genommen. Aber auch dort bestehen häufig Probleme, die in den Zuständigkeitsbereich des ASD (im Rahmen seiner derzeitigen Aufgaben) fallen.
Die seit Jahren bestehende und gut funktionierende Kooperation zwischen ASD und Polizei wurde durch eine Vielzahl von Bausteinen verbessert, die eine noch effizientere Zusammenarbeit ermöglicht haben. Auf beiden Seiten waren feste Ansprechpartner vorhanden, was ein rasches Handeln ermöglichte.
Durch die Organisation von regionalen Treffen wurden Bezirkssozialpädagogen, Sondersachbearbeiter der Polizei bzw. Dienstgruppenleiter u. a. regelmäßig gegenseitig informiert. Rückmeldungen stellten sicher, dass der Rat von Spezialisten eingeholt wurde. Soziale Krisen waren Thema bei allen Informationsveranstaltungen.
Die Verfahrensabläufe wurden dahingehend optimiert, dass Verständigungen des ASD durch die Polizei mittels Faxmeldungen innerhalb eines Tages erfolgten. Bei längerfristigen Ermittlungen wurden Fax-Vorabmeldungen gesandt. Dadurch ist eine rasche Kontaktaufnahme durch den ASD gewährleistet. Die Polizei meldet Vorfälle, denen Suizidversuch, Suchtprobleme, psychische Erkrankungen oder polizeiliche Zwangsunterbringungen

zugrunde liegen, seit dem 01.10.2002 ausnahmslos an den ASD. Der ASD prüft diese Vorgänge und stellt sicher, dass alle Fälle, die auch für das Gesundheitsamt relevant sind, dorthin weitergeleitet werden.
Außerdem wurden im zweijährlichen Turnus den jeweiligen Professionen Arbeitsgrundlagen, Veränderungen und Entwicklungen im Rahmen von Jours fixes oder Kooperationstreffen zur Kenntnis gebracht. Gegenseitige Hospitationen vervollständigten die gute Zusammenarbeit.

Zu 5.:
In einigen nicht unwichtigen Punkten berühren die geplanten Änderungen auch Bereiche, die die Arbeit der Freien Träger betreffen. Deren Meinung muss eine Rolle bei der Umgestaltung der Strukturen spielen dürfen. Auch der Aufbau dezentraler Beratungsstrukturen u. a. im Seniorenbereich erfordert die Einbindung des Stadtseniorenrates.

Zu 6. und 7.:
Aus der Stellungnahme des Schulreferats zur Organisationsreform geht hervor, dass sich Ref. IV durch die geplanten Änderungen im eigenen Zuständigkeits- und Aufgabenbereich betroffen sieht. Im Sinne eines einheitlichen kommunalen Verwaltungshandelns ist hier zu einer gütlichen Abstimmung zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Frieser
Fraktionsvorsitzender